

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Einleitung und Gang der Untersuchung	1
1. Teil: Grundlagen	5
1. Abschnitt: Geschichtlicher Überblick über das Rauchen	5
2. Abschnitt: Das Rauchverhalten als empirischer Hintergrund normativer Gestaltung	8
A. Die Raucherquote betrachtet nach Altersgruppen	8
I. Der allgemeine Trend.....	8
II. Die Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen	9
B. Der tägliche Tabakkonsum.....	9
C. Der Rauchbeginn.....	9
D. Fazit.....	10
2. Teil: Der staatliche Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Rauchens	11
1. Abschnitt: Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gewährung staatlichen Schutzes	11
A. Staatliche Eingriffe zum Schutz des minderjährigen Rauchers vor sich selbst	11
I. Das Rauchen als Ausübung eines Rechts auf Selbstgefährdung	12
II. Aufgedrängter Grundrechtsschutz in der Rechtsprechung des BVerfG	15
1. Die Beschlüsse zur Schutzhelmtragepflicht und Gurtpflicht.....	15
2. Der Beschluß zur Unterbringung psychisch Kranker	17
3. Der Haschisch – Beschluß.....	19
4. Zusammenfassung	19
B. Die grundrechtliche Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	20
I. Die grundrechtlichen Ausgangspositionen.....	21
1. Die abwehrrechtliche Funktion	21
2. Die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten	21
a) Schutzpflichten als Ausfluß des abwehrrechtlichen Gehalts der Grundrechte	21
b) Schutzpflichten als Ausfluß der objektiven Wertordnung	22
II. Der Tatbestand der grundrechtlichen Schutzpflicht.....	23
1. Die Gefährdungslage für ein grundrechtliches Schutzgut	24

a) Das Schutzgut der körperlichen Unversehrtheit.....	24
b) Die Gefährdungsintensität als schutzpflichtaktivierendes Moment.....	25
2. Das Erfordernis des Eingriffs eines Dritten.....	26
a) Der Schutz vor Selbstschädigung.....	26
b) Stellungnahme	28
3. Die wertende Ermittlung eines Dreiecksverhältnisses	31
4. Zusammenfassung.....	35
C. Der Kinder- und Jugendschutz	36
I. Die Verankerung des Kinder- und Jugendschutzes im Grundgesetz... 36	
1. Der Jugendschutz als Grundrechtsschranke	36
2. Der Kinder- und Jugendschutz in der Rechtsprechung des BVerfG.....	37
a) Das verfassungsrechtlich bedeutsame Interesse am Kinder- und Jugendschutz	38
b) Der Kinder- und Jugendschutz als Rechtsgut von Verfassungsrang	38
aa) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Minderjährigen aus Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG.....	39
bb) Das Recht auf „Person – Werden“	41
cc) Das Elternrecht aus Art. 6 Abs. 2 GG	42
dd) Das Verhältnis zwischen Elternrecht und dem Recht auf „Person – Werden“ des Minderjährigen	43
3. Zusammenfassung.....	44
II. Der Wandel von der Schutzaufgabe zur Schutzpflicht	44
1. Die grundrechtlichen Wurzeln des Kinder – und Jugendschutzes als Grundlage der staatlichen Schutzpflicht	45
a) Der objektiv – rechtliche Gehalt des Elternrechts.....	45
b) Der objektiv – rechtliche Gehalt des Rechts auf „Person – Werden“	46
2. Zusammenfassung.....	48
3. Die Vorgaben an die Reichweite der Schutzpflicht.....	48
a) Der Prinzipiencharakter grundrechtlicher Schutzpflichten	48
b) Die gerichtliche Überprüfbarkeit des staatlich gewährleisteten Schutzniveaus	50
aa) Die Evidenzkontrolle.....	51
bb) Das Untermaßverbot	51
D. Fazit.....	52
2. Abschnitt: Die normative Ausgestaltung der staatlichen Schutzpflicht vor den Gefahren des Aktivrauchens	53
A. Gesetzesrecht	53
I. Die Rauchverbote für Kinder und Jugendliche	53
1. Das Rauchverbot aus § 10 Abs. 1 Alt. 2 JuSchG	54
2. Die Rauchverbote in Schulen	56
II. Die Beschränkungen der Abgabe von Tabakwaren an Minderjährige.....	57

1. Das Abgabeverbot und Automatenvertriebsverbot für Tabakwaren aus § 10 Abs. 1 Alt. 1 und Abs. 2 JuSchG	57
2. Das Verbot der Abgabe von Tabak an Jugendliche durch den Arbeitgeber aus § 31 Abs. 2 S. 2 JArbSchG	59
3. Das Verbot des Einkaufs von Tabakwaren aus § 2 Abs. 1 Nr. 2 KindArbSchV	60
III. Die Beschränkungen der Tabakwerbung	61
1. Die Beschränkung der Tabakwerbung aus § 22 Abs. 2 Nr. 1 b LMBG	61
2. Weitere Werberegeln für Tabakerzeugnisse aus § 22 LMBG	62
3. Die Beschränkung der Kinowerbung aus § 11 Abs. 5 JuSchG	62
IV. Die Kennzeichnung von Tabakerzeugnissen aus §§ 2, 3 TabKTHmV	63
B. Exkurs: Selbstdisziplinäre Regelungen	63
I. Jugendschützende Richtlinien des Verbandes der Zigarettenindustrie (VdC)	64
II. Jugendschützende Richtlinien des Bundesverbandes Deutscher Tabakwaren – Großhändler und Automatenaufsteller (BDTA)	64
C. Würdigung der bestehenden normativen Situation	65
I. Die Rauchverbote	65
II. Der Bezug von Tabakwaren	66
III. Die Beschränkungen der Tabakwerbung und die Kennzeichnungspflichten	69
D. Fazit	70

3. Teil: Gesetzliche Reformen für einen verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Aktivrauchens 73

1. Abschnitt: Verbot des Automatenvertriebes von Tabakwaren	73
A. Einleitung	73
B. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	75
I. Berufsfreiheit gem. Art. 12 GG	75
1. Eingriff in den Schutzbereich	75
2. Verfassungsmäßigkeit des Eingriffs	76
a) Gesetzgebungszuständigkeit	79
b) Verbesserung des Jugendschutzes als vernünftige Erwägung des Gemeinwohls	79
c) Geeignetheit der Maßnahme	81
d) Die Erforderlichkeit der Maßnahme	84
e) Die Zumutbarkeit der Maßnahme	85
aa) Situation der Automatenaufsteller	85
bb) Gesetzgeberischer Zweck	87
cc) Erfordernis einer Übergangsregelung	87
3. Zusammenfassung	92
II. Eigentumsfreiheit gem. Art. 14 GG	92
1. Eingriff in den Schutzbereich	92

a) Eigentumsbegriff.....	93
b) Abgrenzung der Schutzbereiche von Art. 14 GG und Art. 12 GG	94
2. Zusammenfassung	96
III. Allgemeine Handlungsfreiheit der erwachsenen Raucher gem. Art. 2 Abs. 1 GG	96
IV. Fazit.....	97
2. Abschnitt: Umfassendes Werbeverbot für Tabakerzeugnisse in Deutschland.....	97
A. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	99
I. Meinungsäußerungsfreiheit gem. Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 GG.....	99
1. Einbeziehung der Wirtschaftswerbung in den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	99
a) Überwiegende Auffassung im Schrifttum	100
b) Gegenposition	103
c) Stellungnahme zum Schrifttum	104
d) Spruchpraxis des BVerfG hinsichtlich der Einbeziehung der Wirtschaftswerbung in den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	105
e) Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Werbung	108
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	110
a) Schranken.....	111
aa) Jugendschutzbestimmungen	111
bb) Allgemeine Gesetze	111
cc) Verfassungsimmanente Schranken	114
b) Auflösung der Kollisionslage.....	115
aa) Geeignetheit der Maßnahme.....	115
(1) Werbewirkungen.....	116
(2) Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers	121
bb) Erforderlichkeit der Maßnahme	122
cc) Zumutbarkeit der Maßnahme	123
(1) Rechtsgut des Gesundheitsschutzes	124
(2) Spannungsverhältnis zwischen Gesundheitsschutz und Recht auf Selbstgefährdung.....	124
(3) Das Schutzgut der Meinungsfreiheit.....	125
II. Informationsfreiheit gem. Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GG.....	127
III. Pressefreiheit gem. Art. 5 Abs. 1 S. 2 1. Alt. GG	128
IV. Berufsfreiheit gem. Art. 12 GG.....	130
V. Eigentumsfreiheit gem. Art. 14 Abs. 1 GG	132
1. Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb.....	133
2. Warenzeichen	134
B. Vereinbarkeit mit europäischem Gemeinschaftsrecht	136
I. Verstoß gegen Art. 28 EGV	136
1. Dassonville – Formel.....	136
2. Keck – Entscheidung	137
II. Rechtfertigung des Tabakwerbeverbots.....	139

1. Art. 30 EGV	139
2. Cassis – Formel	140
C. Fazit	141
3. Abschnitt: Auferlegung einer Gesundheitsabgabe auf Tabakwaren	142
A. Einführung: Verhaltenslenkung durch Abgaben	142
B. Rechtsnatur der Gesundheitsabgabe	144
I. Gesundheitsabgabe als nichtsteuerliche Abgabe	144
1. Gesundheitsabgabe als Vorzugslast	145
a) Gebühr	145
b) Beitrag	147
2. Gesundheitsabgabe als Sonderabgabe	148
a) Erfordernis der Abgrenzung von Sonderabgabe und Steuer ...	148
b) Entwicklung der Sonderabgabe zum eigenständigen Abgabentypus in der Rechtsprechung des BVerfG	151
aa) Entscheidung zur Ausbildungsplatzförderungsabgabe	151
bb) Entscheidung zur Schwerbehindertenausgleichsabgabe ...	151
cc) Entscheidung zum Investitionshilfegesetz	152
dd) Gefestigte Rechtsprechung zu den Sonderabgaben	153
c) Anwendung der Kriterien auf die Gesundheitsabgabe	153
aa) Gesetzgebungskompetenz	153
(1) Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG – öffentliche Fürsorge	155
(2) Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG – Recht der Wirtschaft	155
(3) Art. 74 Abs. 1 Nr. 19 GG – Maßnahmen gegen gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten	156
(4) Art. 74 Abs. 1 Nr. 20 GG – Schutz beim Verkehr mit Lebens- und Genußmitteln	157
bb) Homogene Gruppe	158
cc) Sachnähe und Gruppenverantwortung	160
dd) Gruppennützige Verwendung des Abgabenaufkommens ..	162
d) Zusammenfassung	163
II. Gesundheitsabgabe als Steuer	163
1. Wesensmerkmale des Steuerbegriffs	164
a) Finanzierungsfunktion der Steuer als Lenkungsinstrument	164
b) Gesetzliche Zweckbindung des Abgabenaufkommens	166
2. Gesundheitsabgabe als Verbrauchsteuer	167
C. Fazit	168
4. Abschnitt: Die Rahmenkonvention über Tabakkontrolle der Weltgesundheitsorganisation	168
A. Überblick über den Inhalt der Rahmenkonvention	169
I. Präambel und Allgemeiner Teil	170
II. Einzelne Maßnahmen zur Senkung des Tabakkonsums	171
1. Preisorientierte Maßnahmen	171
2. Kennzeichnungspflichten und Warnhinweise	171
3. Aufklärungskampagnen	172
4. Tabakwerbeverbot	172
5. Abgabeverbot von Tabakwaren an Minderjährige	173

B. Das Zustandekommen der Rahmenkonvention	174
I. Kompetenz zum Erlaß der Konvention	174
II. Beschlußfassung durch die Weltgesundheitsversammlung	175
III. Herbeiführung innerstaatlicher Rechtsbindung	176
Gesamtergebnis	177
Literaturverzeichnis.....	179

Die staatliche Einflussnahme auf den Tabakkonsum von
Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Ueltzhöffer, C.

2005, XII, 194 S., Softcover

ISBN: 978-3-540-22686-4